

A N F R A G E von Urs Kaltenrieder (SP, Regensdorf), Doris Gerber-Weeber (SP, Zürich) und Ernst Wohlwend (SP, Winterthur)

betreffend Kürzung der Betriebsbeiträge an Gemeinde- und Jugendsekretariate

Die Ablehnung des Nachtragskredites, bzw. die Ablehnung der entsprechenden Erhöhung im Voranschlag 93 lässt schwerwiegende Konsequenzen bei den Gemeinde- und Jugendsekretariaten befürchten.

Angesichts dieser unerfreulichen Situation stellen sich folgende Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die konkreten Konsequenzen der vorgenannten Sparmassnahmen bei der Jugend- und Familienhilfe im Kanton Zürich ein?
2. Wird bei der Beitragskürzung an die Gemeinde- und Bezirksjugendsekretariate das Verhältnis zwischen den zu beratenden Personen (Einwohnerzahl) und dem jeweiligen Stellenplan berücksichtigt?
3. Nach welchen Kriterien soll ein allfälliger Stellenabbau erfolgen und in welchen Jugendsekretariaten sollen wieviele Stellenprozente gekürzt werden?
4. Welche negativen Folgen sind in bezug auf die Dienstleistungen, bzw. bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufträge der von der Kürzung betroffenen Jugendsekretariate zu erwarten?
5. Muss z. B. wegen Verzögerungen und Nichteinhalten von Terminen mit allfälligen Schadenersatzforderungen gegenüber dem Staat gerechnet werden?

Urs Kaltenrieder
Doris Gerber-Weeber
Ernst Wohlwend